

Newsletter

11.09.2015 Ausgabe 5/15

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit unserem aktuellen Newsletter informiert Sie die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Ratssitzung am 07.09.2015.

Sie können gern per Email mit uns Kontakt aufnehmen und uns Ihre Meinung, Anregungen oder auch Ihre Kritik mitteilen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung per Email an fraktion@gruene-wuppertal.de

Die gesamte Ratssitzung können Sie im [Internet](#) ansehen.



Anja Liebert
Fraktionsvorsitzende



Marc Schulz



Hier sind unsere aktuellen Themen:

[Flüchtlinge in Wuppertal](#)

[Öffentliches WLAN in Wuppertal fördern – Freifunk-Standorte einrichten](#)

[Erster Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2011 – 2013](#)

[Einwohnerantrag „KiTa-Streik“](#)

[Mängelmelder der Stadt Wuppertal](#)

[Ergänzungsantrag „Förderung der Elektromobilität“](#)

[Bürgerbeteiligung am Haushalt 2016/17](#)

[Resolution: Faire Verteilung der Mittel des Bundes](#)

[Resolution: Wuppertal erklärt sich zur TTIP/CETA freien Kommune](#)

[Spielsuchtberatung aus Vergnügungssteuer finanzieren](#)

Flüchtlinge in Wuppertal

Zu Beginn der Ratssitzung informierte Oberbürgermeister Peter Jung, dass aktuell 300 Flüchtlinge in Wuppertal erwartet werden, die zunächst auf Küllenhahn in der Sporthalle des Schulzentrums Süd untergebracht werden. Wie schon in Vohwinkel ist die Bereitschaft der Cronenberger*innen sehr groß, die Menschen willkommen zu heißen und ihnen zu helfen, damit sie sich nach dem Ende ihrer Flucht sicher und gut aufgehoben fühlen. Die GRÜNEN freuen sich sehr über dieses überwältigende Engagement der Wuppertaler*innen.

Öffentliches WLAN in Wuppertal fördern – Freifunk-Standorte einrichten



Die GRÜNE Fraktion hat sich sehr gefreut, dass die Verwaltung unseren schon im April eingebrachten [Antrag](#) zum Anlass genommen hat und in einer [Verwaltungsvorlage](#) vorschlug, an 800 städtischen Gebäuden Router aufzustellen und so einen großen Schritt in Richtung öffentliches WLAN in Wuppertal zu gehen. Damit wurde die zentrale Forderung der GRÜNEN aufgegriffen und die bisherige Blockadehaltung bei diesem Thema aufgegeben. Die GRÜNE Fraktion hat deshalb der Verwaltungsvorlage zugestimmt.

Welche Hürden der GRÜNE Antrag seit April nehmen musste und wie seltsam das Verhalten im Rathaus zeitweise ist, erläuterte unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz in einer [Pressemittteilung](#).

Erster Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2011 – 2013

Der [Bericht](#) der Verwaltung zeigt ausführlich den aktuellen Sachstand der Gleichstellungspolitik in Wuppertal. Das ist gut, denn so bildet er Licht und Schatten gleichermaßen ab. Einige Maßnahmen werden erfolgreich umgesetzt, bei einigen hakt es sehr, so dass der Bericht eine gute Arbeitsgrundlage für die weitere Diskussion ist. Unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert benannte in ihrer [Rede](#) positive, aber auch negative Beispiele und erläuterte, dass sich nun die Stadtverordneten dafür einsetzen müssen, die mit weniger als 50 Prozent bewerteten Projekte in den Fachgremien zu thematisieren, damit der nächste Bericht für alle Verwaltungseinheiten positiv ausfällt.



Einwohnerantrag „KiTa-Streik“



Ein [Einwohnerantrag](#) nach § 25 Gemeindeordnung NRW wurde im Rat behandelt. Darin wurde beantragt, die durch den Streik der Erzieherinnen in der Stadtverwaltung eingesparten Gelder nicht zur Schuldentilgung, sondern für Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung einzusetzen. Die Verwaltung schlug in einer Vorlage vor, den Antrag abzulehnen. Unser familienpolitischer Sprecher Marcel Simon erläuterte in seiner [Rede](#), weshalb die GRÜNE Fraktion dem Einwohnerantrag und nicht der Verwaltung ihre Zustimmung gab. Die Mehrheit des Rates stimmte für die Verwaltungsvorlage.

Mängelmelder der Stadt Wuppertal

Die GRÜNEN [fragten](#) die Verwaltung nach dem Erfolg des Mängelmelders. Seit einem Jahr können Wuppertaler*innen der Verwaltung per Internet Schäden melden. Die [Antwort](#) der Verwaltung: es gab über 700 Meldungen, allein 300 bezogen sich auf Straßenschäden, 79 auf „wilde Müllabladepätze“ und 63 auf verdreckte Straßen.

Ergänzungsantrag „Förderung der Elektromobilität“

Da ein [Antrag](#) der FDP ausschließlich Elektro-PKW in Wuppertal bevorzugen wollte, stellte die GRÜNE Ratsfraktion den [Ergänzungsantrag](#), dass u.a. Busspuren für den Radverkehr geöffnet, Strom-Ladesäule im Stadtgebiet auch für Pedelecs/E-Bikes ausgerüstet sowie Fahrradboxen in Wuppertal aufgestellt werden sollen. Die große Kooperation lehnte mit fadenscheinigen Argumenten sowohl unseren als auch den Antrag der FDP ab.

Bürgerbeteiligung am Haushalt 2016/17

Mehrere Fraktionen stellten einen Antrag rund um das Thema Bürgerbeteiligung am städtischen Haushalt. In seiner [Rede](#) erläuterte unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz den GRÜNEN Antrag. Wir bitten darin die Stadtverwaltung um Darstellung, wie die Stadtteilarbeit zukünftig organisiert sowie Bürgerbeteiligung und Ehrenamt gefördert werden sollen, wenn die Stellen des Stadtteil-Projektmanagements gestrichen werden. Leider musste sich die Stadtverwaltung dazu nicht detailliert äußern, denn unser Antrag wurde von der Großen Kooperation abgelehnt.



Resolution: Faire Verteilung der Mittel des Bundes

Schön, wenn der Bund den finanzschwachen Kommunen mehr Geld zukommen lässt. Schade ist aber nach Ansicht der GRÜNEN, wenn das Geld so verteilt wird, dass auch wohlhabendere Kommunen einen Teil davon erhalten. Deshalb hat die GRÜNE Ratsfraktion mit einer [Resolution](#) beantragt, das Land NRW aufzufordern, ihre bisherigen Kriterien der Mittel-Verteilung zu überdenken, damit ausschließlich die Kommunen, für die es gedacht war, das Geld erhalten. Da SPD und CDU sich dem Vorschlag anschlossen, indem sie einen ähnlichen Antrag stellten, zogen wir unseren zurück, um der Forderung mit großer Mehrheit viel Nachdruck zu verleihen.

Resolution: Wuppertal erklärt sich zur TTIP/CETA freien Kommune

Auf Initiative des Klimabündnisses sollen sich Mitgliedskommunen wie Wuppertal mit einer Resolution zur TTIP/CETA-freien Kommune erklären. Die GRÜNEN griffen die Initiative auf und stellten den [Antrag](#), dass sich Wuppertal anschließt. Bürgermeisterin Bettina Brücher begründete in ihrer [Rede](#), warum sich Wuppertal zur TTIP/CETA-freien Kommune erklären soll. Die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) werden geheim verhandelt, befürchtet werden Umwelt- und Sozialdumping, undemokratische Konzernklagerechte und intransparente Verhandlungen. Leider stimmten SPD und CDU gegen den Antrag.



Spielsuchtberatung aus Vergnügungssteuer finanzieren



Ein [Antrag](#) der Linken, die Spielsuchtberatung aus Einnahmen der Vergnügungssteuer zu bezahlen, wurde von den GRÜNEN begrüßt. Schon im letzten Jahr hatten wir mit der FDP im Sozialausschuss beantragt, die Spielsuchtberatung auszubauen. [Hier](#) lesen Sie die Rede unserer gesundheitspolitischen Sprecherin Ilona Schäfer. Auch diesen Antrag lehnte die GroKo mit Mehrheit ab.